

Wir in Reinickendorf

Mr. Bush, wer Kriege führt, hat politisch versagt! Kein Krieg. Nirgends.

PDS Reinickendorf. Ausgabe Mai 2002

Kooperation über den Bezirk hinaus

Zweimal haben wir uns schon getroffen, und es scheint sich zu lohnen. Die Idee einer überbezirklichen und themenorientierten Zusammenarbeit des Ortsvorstandes Glienicke wird bereits umgesetzt. Nach einer ersten Sammlung der Themen, die die anliegenden Bezirke Reinickendorf, Pankow, Glienicke, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Birkenwerder und Schildow entlang der Verkehrsachsen B 96 und B 96a beschäftigen, wurden schon beim zweiten Treffen erste Früchte geerntet und konkrete Aktionen abgesprochen, die nun gemeinsam durchgeführt werden.

Die Probleme des zunehmenden Verkehrslärms im Berliner Nordwesten, der Flughafenplanung in Tegel und der Trassenplanung der Bahn AG enden nicht an den Stadtgrenzen Berlins. Darum wollen wir in Zukunft unsere Ressourcen gemeinsam nutzen, Informationen austauschen und die Ergebnisse politisch zusammen umsetzen. Mit Blick auf den bevorstehenden Wahlkampf ist im Mai ein gemeinsamer Vorbereitungs-workshop geplant.

Erstes Projekt wird am 5. Mai eine gemeinsame Fahrrad-Tour in den Stolper Wald sein. Dort protestierten 1918 anlässlich des 100. Geburtstages von Karl Marx viele hundert Jugendliche gegen den Krieg. Wir fahren um 9.30 Uhr vom Roten Laden los....kommt alle mit.
Jürgen Schimrock

Wir über uns

Diese Reinickendorfer Beilage zur Landeszeitung der PDS wird vom Bezirksverband finanziert. Spenden sind ausdrücklich erwünscht: PDS Reinickendorf, Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Kto-Nr.: 43 84 81 68 12.



Der russisch-orthodoxe Friedhof an der Wittestraße

Foto: Marion Lubina

Aktion

■ Das Borsigwalder Forum des »Helle Panke« e.V. lädt am Dienstag, dem 7. Mai um 19.00 Uhr zum Thema »Entschädigen ohne Erinnern ist Ablass«, die Praxis der Zwangsarbeiterentschädigung und die Geschichte der Zwangsarbeit am Beispiel Reinickendorf, in den Roten Laden ein. Referenten sind Ulla Jelpke (MdB-PDS) und Horst Helas (Historiker, Berlin).

■ Am Samstag, dem 25. Mai 2002, findet um 14.00 Uhr unsere offene MVV statt. »Wie die PDS in den Wahlkampf geht – jede(r) wird gebraucht«. Wir wollen das Wahlprogramm vorstellen und unser Konzept für den *bezirklichen* Wahlkampf diskutieren.

Eigene Handschrift ist möglich

Bildung und Jugend bleiben unsere Schwerpunkte

Nun wird es auch für den Bezirk Reinickendorf eng. Die Haushaltsnotlage des Landes Berlin verengt die Spielräume für die Politik vor Ort. Umso nötiger ist eine klare Ausrichtung auf politische Schwerpunkte – für eine Einzelverordnete nur schwer zu meistern. Und doch: die BVV beschloss einen Antrag der PDS zum künftigen Agieren des Bezirksamtes in Haushaltsfragen einstimmig. Kein Erfolg war ihrem Antrag zur finanziellen Verbesserung der Bildungs- und Jugendarbeit beschieden. Doch die Bezirksverordneten der anderen Fraktionen mussten sich mit ihm eingehend auseinander setzen – er war nämlich der einzige seiner Art. Sie meinten, in einem Haushalt von mehr als 300 Millionen Euro seien Mittelschichtungen von weniger als 200.000 Euro nicht möglich. Sie zielten auf die Finanzierung der freien Träger und auf die Erhaltung und Pflege des Buch- und Medienbestandes der Bibliotheken. Bescheiden war



Von Robert Scholz

das – zugegeben. Vielleicht auch deshalb meinte der CDU-Fraktionsvorsitzende, auf die konstruktive Mitarbeit aller Fraktionen hinweisen zu können. Er schloss die Einzelverordnete der PDS ausdrücklich mit ein. Haben wir – die PDS – etwas falsch gemacht, lobt uns doch unsere politische Konkurrenz? Ich denke, wir haben es richtig angegangen. Die Haushaltsberatungen waren mit einer Woche zu kurz, um eingehend am Zahlenwerk zu diskutieren. Das galt für alle Bezirksverordnete. Das nächste Mal muss es mehr Zeit und mehr Transparenz geben. Zudem verbietet sich ein anderes als ein konstruktives und kompe-

tes Vorgehen. Gerade die PDS hat im Wahlkampf immer wieder auf die Plünderung der Berliner Finanzen für den Größenwahn der Westberliner politischen »Elite« hingewiesen. Da muss dann auch nach der Wahl der Wahrheit in der Politik die Ehre gegeben werden – auch wenn so manche Bürgerin und so mancher Bürger enttäuscht sind. Die PDS ist jetzt Regierungspartei in Berlin, aber unsere lokale Politik in Reinickendorf richtet sich an den Interessen der Menschen im Bezirk aus.

Roter Laden

Post an: »Roter Laden«, Schloßstraße 22, 13507 Berlin-Tegel. Sie erreichen uns montags bis freitags immer von 15.00 bis 18.00 Uhr. Telefon 43 73 26 30 oder Fax 43 73 26 32 oder per E-mail pds.reinickendorf@t-online.de

Und im Internet: www.pds-reinickendorf.de

Obdachlos sein ...



Von Klaus Rathmann

... ist kein Schicksal, erst recht nicht in einem der reichsten Länder der Erde. Die herrschende Politik produziert sie ständig aufs Neue. Auch unter Schröder wurden und werden die Reichen immer reicher und die Armen immer zahlreicher. Reinickendorf macht da leider keine Ausnahme.

Ihre erste Große Anfrage in der BVV widmete die PDS einem sozialen Thema, der Obdachlosigkeit. Die Einzelverordnete Renate Herranen bat das Bezirksamt um Auskunft, wie viele Räumungsklagen im Bezirk Reinickendorf in den letzten vier Jahren durchgeführt wurden? CDU-Sozialstadtrat Balzer antwortete: Seit Anfang 2000 erhält das Bezirksamt Informationen des Amtsgerichtes. Danach gab es im Jahre 2000 – 1151, 2001 – 858 und bis Mitte März 2002 – 103 Klagen. Er vermittelte den Eindruck, das Bezirksamt tue alles, um Obdachlosigkeit zu verhindern. Befragt, wie viele Menschen in Reinickendorf sich als obdachlos beim Sozialamt gemeldet haben, nannte Balzer folgende Zahlen: 31.12.1998 – 328; 31.12.1999 – 354; 31.12.2000 – 320; 31.12.2001 – 322.

Ein Vergleich der Anzahl der Räumungsklagen und der in bezirklichen Einrichtungen untergebrachten Obdachlosen drängt sich auf. Wie viele Obdachlose in Reinickendorf das Sozialamt gar nicht erst aufsuchen, mochte Herr Balzer nicht einschätzen. Armutszeugnis eines Sozialstadtrates oder politisch gewollte Unkenntnis? Der »Arbeitskreis Wohnungsnot« geht von einer hohen Dunkelziffer in Reinickendorf aus, schätzt die Zahl wohnungslosen Menschen auf ca. 600.

Der CDU-Stadtrat handelt also weiter nach dem Motto: Problem verdrängen = Obdachlose verdrängen. Er nennt das »konsequent, aber nüchtern« handeln. Dass es die Ärmsten der Armen betrifft, schert ihn offenbar nicht. Die Streichung der bezirklichen Zuwendungen für die Wohnungslosen-Tagesstätte in der Meteorstraße zum 1. April passt dazu. Balzer sagte in der BVV: »sie besteht nicht mehr«. Dabei hatte der Bezirkshaushalt das Jahr 2001 mit einem deutlichen Überschuss abgeschlossen.



Eines der neuen Verbotsschilder am Park um den Schäfersee, Reinickendorf dankt Foto: M. Lubina

Mehr Demokratie in die BVV

Reinickendorf bekommt eine Bürgersprechstunde

Frau Wanjura als Verkörperung demokratischer Teilhabe hätte der CDU natürlich vollkommen ausgereicht. Weiß die Bezirksbürgermeisterin doch alle Probleme und Sorgen der Menschen gut bei sich aufgehoben. Wie auch immer ... beschlossen hat man sie trotzdem: Die Bürgersprechstunde bei der BVV Reinickendorf.

Was in anderen Bezirken längst in verschiedenen Modellen zur besseren Bürgerbeteiligung praktiziert wird, soll auf Wunsch von CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen vorerst in eine Experimentierphase gehen. Als erster Schritt in die richtige Richtung ist die von der BVV beschlossene Regelung zu begrüßen. Eine Phase des Suchens nach der sinnvollsten Umsetzung eines noch zu erarbeitenden Konzepts ist ja vielleicht gar nicht so schlecht. Es muss natürlich ernst gemeint sein und auch ernst genommen werden. Den Beschluss mit Leben zu füllen, obliegt nun dem Vorsteher der BVV.

Was stellen wir, die PDS in Reinickendorf, uns vor? Welche Regelungen sind sinnvoll, praktikabel und effizient? Wie können sich Anliegen, Fragen und Sorgen von Reinickendorfer Bürgerinnen und Bürgern am richtigen Platz, zur richtigen Zeit artikulieren und politisch auswirken?

Der richtige Weg wird sich sicherlich erst im experimentellen und konstruktiven Zusammenwirken beider Seiten, der Bezirksverordneten und den Bürgerinnen und Bürgern aufzeigen. Diese Möglichkeit, Zeit und den Raum des Ausprobierens, anzubieten

und zu organisieren, darum geht es m. E. vorerst. Dies bedingt die umfassende Information der kommunalen Institutionen, sozialen Projekte, freien Träger, Schulen etc., letztlich jedes einzelnen Haushalts mittels aller zur Verfügung stehenden alten und neuen Medien. Wer Einfluss zulassen möchte, muss sich öffnen für neue Ideen und vielleicht auch für unkonventionelle Umsetzungen demokratischer Anliegen, Beschwerden oder Eingaben.

Enge und bürokratische Vorgaben können und sollen manchmal abschrecken. Hier gilt es also, neue demokratische Diskussionsräume zu kreieren, die diese Bezeichnung verdienen. Aber, gleich zuviel zu wollen oder zu erwarten, kann schnell zu Enttäuschungen führen. Ein Mangel an gewünschter Inanspruchnahme des sicherlich richtigen demokratischen Instrumentariums könnte schnell zu einer negativen Auswertung verleiten. Dem vorzubeugen müssen vorhandene Schwellen- und Berührungspunkte beseitigt werden. Bezieht man die Erfahrungen anderer Bezirke gleich in die Planungen ein, sollte es möglich sein, das Angebot attraktiv, zeitgemäß und vor allem bürgerfreundlich zu gestalten.

Die PDS wird sich mit konstruktiven Vorschlägen und Ideen in die Umsetzung des Vorhabens einbringen.

Jürgen Schimrock

Impressum

Herausgegeben vom PDS-Bezirksvorstand Reinickendorf. V.i.S.d.P.: Robert Scholz.

Am Rande:

»Verboten verboten«...

... dieser alte Sponti-Spruch fiel mir zuerst ein beim Betreten des Parks rund um den Schäfersee. Natürlich, eines ist klar: Regeln, die das Zusammenleben einer großen Anzahl von Menschen möglich machen, sind notwendig und meist sinnvoll. Aber, sie sind in Form und Wirkung immer auch Ausdruck einer gesellschaftlichen Prioritätensetzung.

Der Park wird leider zu oft in unleidlicher Weise als Hundeauslaufplatz, nicht überdachte Stehbierhalle und Müllablageplatz genutzt. Für ganz unterschiedliche Menschen dient er als Treffpunkt. Darunter sind natürlich Suchtkranke, Wohnungslose, Kampfhund-Halter, aber auch Kinder, kleine, große, Erholungssuchende, der »normale« Bürger. Die Interessen und Befindlichkeiten sind sicherlich sehr unterschiedlich.

Ob Verbotsschilder hier Abhilfe und Ausgleich schaffen ist fraglich. Regelmäßige Kontrollgänge der Polizei erzielen meist nur kurzfristige Erfolge und Verdrängungseffekte. Die Probleme bestehen dann andernorts weiter. Irgendwo müssen sie ja hin, die Menschen, die in unserer Gesellschaft ausgegrenzt werden oder sich selbst ausgrenzen.

»Wer öffentliche Sicherheit will, muss für inneren Frieden, für gesellschaftlichen Ausgleich und soziale Gerechtigkeit sorgen, nicht für einen Abbau von Freiheit und Selbstbestimmung.« So steht es im aktuellen Wahlprogramm der PDS, und weiter: »Wer öffentliche Sicherheit will, muss die Ursachen begreifen und bekämpfen, warum sich Menschen von dieser Gesellschaft abwenden, warum sie Straftaten begehen.« Aber auch: »Auf soziale Ursachen und Bedingungen von Gesetzesverstößen hinzuweisen, heißt für uns nicht, die Täterinnen und Täter aus ihrer persönlichen Verantwortung zu entlassen.« Tolerantes miteinander leben heißt auch unzumutbare Belästigungen und Pöbeleien zu unterbinden.

Fragwürdig ist hier leider wieder einmal die Prioritätensetzung der CDU. Auf der einen Seite wird der einzigen Tagesstätte für Wohnungslose in Reinickendorf der Zuschuss gestrichen, auf der anderen Seite ist Geld da für Verbotsschilder und Reinigungskräfte im Park. Die Schwächsten unserer Gesellschaft bleiben wieder mal auf der Strecke.

Jürgen Schimrock